

Wie viel IT bleibt im Rathaus?

[27.10.2025] Kooperation, KI und Cloud: Die AKDB sieht einen Paradigmenwechsel im kommunalen IT-Betrieb. Dies wurde im Rahmen eines Pressegesprächs mit den Vorständen Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner auf der Messe Kommunale deutlich.

Mit einem breiten Themenspektrum präsentierte sich die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) auf der Messe [Kommunale](#), die vergangene Woche in Nürnberg (22. bis 23. Oktober 2025) stattfand. Am Messestand des kommunalen IT-Dienstleisters herrschte reger Andrang – kein Wunder, denn viele Besucherinnen und Besucher hatten ähnliche Fragen: Wie lassen sich Verwaltungsprozesse automatisieren? Welche Rolle spielt Künstliche Intelligenz? Und wie sieht der IT-Betrieb der Zukunft aus?

Funktionsfähigkeit kommunaler IT-Infrastrukturen sichern

AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer machte im Pressegespräch auf der Messe deutlich, dass die Kommunen beim Thema IT-Betrieb vor einem Paradigmenwechsel stehen. „Die zentrale Frage lautet: Wie viel IT bleibt künftig im Rathaus – und was kann auf zentrale Strukturen und Dienstleister ausgelagert werden?“ Mit dem neuen Angebot NextGo 360 bietet die AKDB eine Lösung, die Kommunen ihre komplette IT – einschließlich Anwendungen anderer Anbieter – im AKDB-Rechenzentrum betreiben und administrieren lassen. Ziel sei es, die Verantwortung für Betrieb, Updates und Sicherheit zu übernehmen und die Funktionsfähigkeit kommunaler IT-Infrastrukturen dauerhaft zu sichern.

[caption id="attachment_126127" align="alignleft" width="351"]

AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer spricht beim Pressegespräch auf der Fachmesse Kommunale 2025 in Nürnberg über

AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer im Pressegespräch auf der Kommunale. (Bildquelle: AKDB)

Gerade kleinere Verwaltungen stoßen zunehmend an Grenzen, so Schleyer: „Viele Kommunen werden in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein, die technologischen und sicherheitsrelevanten Anforderungen eigenständig zu erfüllen.“ Professionalisierung und Skaleneffekte seien daher unverzichtbar. Die AKDB setze dabei auf modulare Rechenzentren, die flexibel erweitert werden können, sowie auf Kooperationen mit anderen öffentlichen IT-Dienstleistern und souveränen Cloud-Anbietern.

Bei der Weiterentwicklung der Fachverfahren setzt die AKDB auf Künstliche Intelligenz. Vorstandin Gudrun Aschenbrenner erläuterte, dass KI zunehmend integraler Bestandteil kommunaler Anwendungen werde – etwa bei Antragsverfahren im Wohngeld- oder Ausländerwesen. „Unsere KI prüft automatisch, ob alle Nachweise vollständig und korrekt sind. Fehlende Dokumente werden eigenständig nachgefordert – erst dann landet der Antrag beim Sachbearbeiter.“ Dadurch würden Prozesse deutlich beschleunigt und Mitarbeitende entlastet. Auch interne Abläufe wie Reisekostenabrechnungen ließen sich künftig mithilfe von KI weitgehend automatisieren.

Auf Augenhöhe agieren

Ein weiteres Thema beim Pressegespräch war die zunehmende Kooperation zwischen kommunalen IT-Dienstleistern. Schleyer betonte, dass Zusammenarbeit die Voraussetzung sei, um auf Augenhöhe mit Bund und Ländern agieren zu können. „Ohne die Bündelung unserer Kompetenzen wären viele bundesweite Digitalisierungsprojekte gar nicht realisierbar“, sagte er mit Blick auf das Kfz-Zulassungswesen, wo die kommunalen Anbieter inzwischen übergreifend kooperieren ([wir berichteten](#)).

Aschenbrenner ergänzte, dass die kommunale IT-Familie seit Jahren eng zusammenarbeite – über Verbände wie die [Vitako](#) oder gemeinsame Plattformen wie [GovDigital](#). Ziel sei, digitale Souveränität zu sichern und sicherzustellen, dass öffentliche IT in öffentlicher Hand bleibe. „Was im privatwirtschaftlichen Umfeld entwickelt wird, ist oft nicht unter öffentlicher Kontrolle. Bei uns bleibt klar geregelt, wo Daten entstehen und wer sie verantwortet.“ Rudolf Schleyer äußerte sich kritisch zur Bundespolitik: Häufig fehle es in Berlin an Verständnis für kommunale Abläufe. Viele Gesetze seien technisch kaum digitalisierbar, weil sie zu komplex gestaltet würden. „Wenn der Bund Gesetze macht, sollte er mitdenken, ob das, was er da reinschreibt, überhaupt automatisierbar ist“, forderte er.

()

Stichwörter: Unternehmen, AKDB, Kommunale 2025